



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im in- und ausländischen Bezugspreis monatlich 1.76 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Druckort: Wildbad. — Druckerei: Enztalbote Fabrik & Co., Wildbad. — Verleger: Theodor Gatz, Wildbad i. Sch., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Nummer 33 Febr. 479 Dienstag den 10. Februar 1931 Febr. 479 66. Jahrgang.

Tagespiegel

Reichspräsident von Hindenburg hat dem König von England anlässlich der Erdbebenkatastrophe auf Neuseeland seine und des deutschen Volkes warme Anteilnahme übermittelt. König Georg hat darauf dem Herrn Reichspräsidenten telegraphisch in herzlichsten Worten gedankt.

In politischen Kreisen Berlins wird davon gesprochen, daß Bestrebungen im Gange seien, den Reichspräsidenten v. Hindenburg zu bewegen, über das Jahr 1932 hinaus im Amt zu bleiben bzw. eine neue Bewerbung anzunehmen, durch die eine Wahlbewerbung anderer Kandidaten vermieden werden könnte. Es solle ihm ein Vizepräsident zur Seite gestellt werden, der nach seinem etwaigen Abgang von selbst Reichspräsident würde. Man glaubt, daß Hindenburg nicht ablehnen werde.

Auf einer Kundgebung des Westfälisch-Lippischen Handwerkerbunds in Münster erklärte Reichskanzler Dr. Brüning, der Weg der Notverordnung müsse unter allen Umständen fortgesetzt werden.

Der polnische Diktator Pilsudski, der zur Erholung in Madeira weilte, soll nach Londoner Berichten in Paris erklärt haben, er sei zu Zugeständnissen an Deutschland bezüglich des Korridors bereit, wenn Deutschland Polen die Sicherheit gäbe, daß es im Fall eines polnisch-russischen Krieges strenge oder sogar wohlwollende Neutralität gegen Polen beobachten würde.

Der französische Ministerrat hat für die Abwehr von Luftangriffen einheitliche Vorbereitungsmaßnahmen beschlossen und deren Durchführung dem Marschall Pelain übertragen. An seiner Stelle wurde der bisherige Generalstabschef General Wengand zum Vizepräsidenten des Obersten Kriegsrats und Generalinspekteur des Heeres und General Gamelin zum Generalstabschef ernannt.

Bruderzwist statt Geschlossenheit

Hinterließ der erste Tag der großen Aussprache im Reichstag noch einen uneinheitlichen Eindruck, so ist der Eindruck des zweiten Tags vollkommen klar und eindeutig: Es bleibt vorerst alles beim Alten. Das, was an diesem zweiten Tage noch geredet wurde, ist von gar keiner Bedeutung — von um so größerer für die Parteien. Der „Vorwärts“ faßt das Ergebnis folgendermaßen zusammen: „Zentrum und Sozialdemokratie haben sich gefunden, um im Reichstag gemeinsam um die Abwehr der Nationalen zu kämpfen. Gegen Zentrum und Sozialdemokratie wird der Faschismus vergeblich anrennen!“

Die Führung der inneren Politik ist nun wieder zur Sozialdemokratie hinübergeleitet, ohne daß sie die Verantwortung zu tragen hätte, da sie am Kabinett nicht beteiligt ist. Der innerpolitische Gegensatz erfährt dadurch zweifellos eine Verschärfung. Dies kann zur Folge haben, daß die wachsende Regung über den außenpolitischen Druck, worunter die Deutschen gehalten werden, in innerdeutschen Bruderzwist abgeleitet wird, so daß wir eines Tags der außenpolitischen Aufgabe gerade so hilflos gegenüberstehen wie jetzt bei den Verhandlungen über den Youngplan. Denn Aufgaben dieser Art ist eine Regierung nur gewachsen, die sich, wo es um die höchsten und letzten Zwecke des staatlichen Daseins geht, über die Parteien erhebt.

Ein Beispiel hat der Führer der englischen Arbeiterregierung gegeben. Bei den großen Gesekentwürfen, die dem Unterhaus von der Regierung in letzter Zeit vorgelegt wurden, erklärte Mac Donald, die Regierung habe die Entwürfe so gestaltet, daß die andern großen Parteien mitgehen können.

Aufgehoben, nicht aufgehoben

Berlin, 9. Febr. Die Ablehnung des Stahlhelm-Volksbegehrens durch den preussischen Innenminister Severing stellt kein Verbot dar. Die Ablehnung stützt sich darauf, daß der Antrag nicht die Unterschrift von 20 000 Stimmberechtigten trage. Es sei auch auf andere Weise nicht glaubhaft gemacht, daß der Stahlhelm im großen Ganzen ebenfalls eine Volksabstimmung über die Auflösung des Preussischen Landtags wünsche. Zur Beibringung einer weiteren und ausreichenden Glaubhaftmachung legt Severing eine Frist von zwei Monaten mit der in der Landesabstimmungsordnung vom 23. Februar 1926 vorgeschriebenen Androhung, daß nach deren erfolglosem Ablauf die Ablehnung des Antrags erfolgen werde. Falls der Stahlhelm nicht in der Lage sei, eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Glaubhaftmachung für den Antrag seines Vorstands beizubringen, müsse es ihm überlassen bleiben, einen neuen von 20 000 Stimmberechtigten unterschriebenen Antrag vorzulegen.

In einer Versammlung in Freiburg i. Br. erklärte der Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidte, die schärfste Ablehnung des Volksbegehrensantrags durch Severing sei ein Schlag ins Wasser. Nicht 20 000, sondern 120 000

Eine Erklärung des Reichspräsidenten

Der 9. November im Hauptquartier

Berlin, 9. Febr. Gegen unwahre Darstellungen über die Vorgänge im Großen Hauptquartier im November 1918, die der Major a. D. Anker in Vorträgen über die Ursachen des Zusammenbruchs unter Berufung auf angebliche Mitteilungen Hindenburgs verbreitet, stellt Reichspräsident v. Hindenburg in einer Erklärung in der „Kreuzzeitung“ fest: „Es ist richtig, daß ich den Major a. D. Anker, der damals eine ganz andere politische Einstellung hatte wie heute, als den Sohn eines alten Kameraden persönlich empfangen und mit ihm auch über die Vorgänge am 9. November im Hauptquartier gesprochen habe. Unrichtig ist es jedoch, daß ich ihm die von ihm behaupteten Mitteilungen (der Kaiser sei ohne Wissen Hindenburgs in kopfloser Angst nach Holland geflohen) gemacht habe. Nach einem Hinweis auf seine in der „Kreuzzeitung“ am 10. November

Stimmerechtigten Mitglieder können den Antrag alsbald unterzeichnen. Das Volksbegehren sei der erste Großangriff gegen den Marxismus in Preußen. Der Stahlhelm werde getrennt marschieren, aber mit Hitler und Hugenberg das gleiche Ziel verfolgen.

Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit, daß bereits bei der Anmeldung des Volksbegehrens Anweisung erteilt worden sei, daß in den Landesverbänden Berlin und Brandenburg die vorgeschriebenen 20 000 Unterschriften gesammelt werden. Die gedruckten Listen werden bereits seit Sonntag bei den Ortsgruppen ausgefüllt.

Der Stahlhelm hat zurzeit in rund 8600 Ortsgruppen 650 000 Mitglieder. Er ist natürlich in der Lage, in kurzem Hunderttausende von Unterschriften auszubringen. Auch die geforderten 20 000 Unterschriften werden rasch beisammen sein. Allgemein ist man der Ansicht, daß die Ablehnung Severings die Volksabstimmung zwar verzögern könne, daß aber viele, die vielleicht nicht für das Volksbegehren gestimmt hätten, jetzt für dasselbe eintreten.

Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, hat dem Vorstand des Stahlhelms parteiamtlich mitgeteilt, daß die Partei das Volksbegehren unterstützen werde.

Neue Nachrichten

Einigung in der Osthilfe-Frage

Berlin, 9. Febr. CNB. meldet, es sei nunmehr gelungen, eine Einigung in der Osthilfe-Frage zwischen dem Ostkommissariat (Trevisanus), Preußen und der Industrie herbeizuführen. Das Ostkommissariat ist sich sowohl mit Preußen als auch mit der Industrie einig geworden, und zwar auf der Grundlage, daß das Zweckvermögen anerkannt wird. Die Führung bei der Umschuldung wird bei der Bank für Industrieobligationen liegen. Außerdem werden die Rentenbankkreditanstalt und die Preußenkasse eingeschaltet, und zwar entsprechend der Menge der Aufbringung, die sich bei der Bank für Industrieobligationen auf 500 Millionen, bei der Rentenbank auf 50 und bei der Preußenkasse auf 25 Millionen beläuft. Auch in der Frage, ob Arbeitsgemeinschaften von etwa 10—15 Gütern oder Handwerksverbände geschaffen werden sollen, die große Bezirke umfassen und bei der Umschuldung für die 2. Hypothek den entsprechenden würden, was die Generallandschaft für die Hypothek bedeutet, ist eine Einigung herbeigeführt worden. Man hat einen Vergleich gefunden, der gewissermaßen Wirtschaftsverbände von mittlerer Größe schafft. Das Kabinett wird sich am Donnerstag mit dem Entwurf befassen, so daß das Osthilfegesetz bis Ende der Woche dem Reichsrat bzw. Reichstag zugeleitet werden könnte.

Bestellte Arbeit

Berlin, 9. Febr. Der sogenannte Verständigungsartikel des Pariser Schriftstellers Graf D'Ormesson war, wie jetzt festgestellt worden ist, bestellte Arbeit, und zwar ging die Bestellung von deutscher Seite aus. D'Ormesson hat als politischer Schriftsteller in Frankreich keine Bedeutung mehr; der halbamtliche „Temps“, dessen ständiger Mitarbeiter D'Ormesson früher gewesen war, nimmt schon längere Zeit keine Arbeiten von ihm mehr auf. Der neueste Artikel wurde in Deutschland genau auf den Tag der Reichstagsöffnung bekannt, zwei Tage bevor er in dem Pariser Blatt „Le Nouvelle“ erschien. Der Zweck soll gewesen sein, die deutsche Öffentlichkeit zu Beginn der Reichstagsverhandlungen durch den Schein eines weitgehenden französischen Entgegenkommens zu täuschen. Die französische Presse hat den Artikel entweder mit Stillschweigen übergangen oder ihn lächelnd abgelehnt. Besonders läßt das auswärtige Amt (Briand) erklären, daß es mit den Phantastereien nicht das geringste zu tun habe.

Thyssen gegen Joos

Hamborn, 9. Febr. Der Großindustrielle Thyssen hat an den Zentrumsabgeordneten Joos folgendes Schreiben gerichtet: „Nach einem mir vorliegenden Bericht haben Sie im Reichstag behauptet, ich wolle die Rheinprovinz opfern, um das übrige Deutschland zu retten. Ich erkläre, daß Ihre Behauptung unwahr ist. Ich habe lediglich zur Charakterisierung der Youngverklavung, die leide Gottes da ist, gesagt, daß die Verklavung schlimmer ist als eine verlorene Provinz. Diese meine Worte zu verdrehen, ist Demagogie. Angesichts der Rolle, die ich im Ruhrabwehrkampf habe spielen dürfen, und angesichts der Tatsache, daß Sie für den Youngplan gestimmt haben, bin ich im übrigen erhaben über Gedankengänge, wie Sie sie mir unterstellen.“

Schweizer Volksabstimmung über eine Verfassungänderung

Bern, 9. Febr. Bei der gestern veranstalteten Volksabstimmung wurde eine Verfassungsänderung im Sinn einer Ausdehnung und Verschärfung des Verbots, Orden, Titel, Pensionen oder Geschenke von ausländischen Regierungen anzunehmen, mit 2/3 Mehrheit der Volksstimmen und großer Mehrheit der Kantonstimmen angenommen (das neue Gesetz richtet sich gegen die französische politische und wirtschaftliche Werbung durch Orden und Titel in der Schweiz).

Rußland traut Litauen nicht mehr

Moskau, 9. Febr. Die „Pravda“ spricht über den Druck, den der Völkerbund auf Litauen ausübt, um es zur Verständigung mit Polen zu bringen.

Seit 1929 könne man beobachten, wie vor allem Frankreich seine Energie in dieser Richtung verstärkte. Unter französischem Einfluß sei Waldemaras befehligt worden, der als stärkster Gegner der Verständigung mit Polen und als Anhänger einer Orientierung nach Deutschland und dem Rätebund habe gelten müssen. Der politische farblose Tubelis und der Ministerpräsident Smetona, der immer um Volkstümlichkeit buhle, seien beide für eine litauisch-polnische Verständigung zu haben. Da aber die Massen der litauischen Bevölkerung einer solchen Politik durchaus feindlich gesonnen seien, könne man nur sehr vorsichtig vorgehen.

Sowjetrussische Auszeichnung eines deutschen Ingenieurs

Moskau, 8. Febr. Der Hauptvollzugsausschuß hat, einer Meldung der Tel.-Ag. der Sowjetunion zufolge, dem deutschen Ingenieur Liebhart für seine Arbeit in den Gruben des Donezbeckens den Leninorden verliehen und ihm eine Belohnung von 5000 Rubeln zuerkannt. Liebhart hatte ein neues Verfahren ausgearbeitet, das die Verlegung der Fließbandanlage innerhalb der Grube anstatt in 6 bis 8 Stunden in nur 10 Minuten ermöglichte.

Ermordung eines Führers der mazedonischen Freiheitsbewegung

Sofia, 9. Febr. Oujurkoff, ein führendes Mitglied der mazedonischen Freiheitsbewegung, ist heute einem Mordanschlag zum Opfer gefallen. Zwei Männer gaben mehr als 20 Revolverkugeln auf Oujurkoff ab, der auf der Stelle getötet wurde. Die Täter stellten sich sodann der Polizei.

England gegen die russische Zwangsarbeit

London, 9. Februar. Der konservative Abgeordnete Bellairs hat einen von 118 Abgeordneten unterzeichneten Antrag im Unterhaus eingebracht, der die Regierung auffordert, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten gegen das russische Holzdumping vorzugehen. Im Zusammenhang damit veröffentlicht der „Daily Telegraph“ Mitteilungen eines früheren russischen Beamten über die Zwangsarbeiten, die der Sowjetregierung den Schleuderwettbewerb auf dem Weltmarkt ermöglichen. Es wird behauptet, im ganzen seien 570 000 Menschen, darunter 74 000 Frauen und 18 000 Kinder, die fast ausnahmslos dem Bürgerturn

